

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2,- Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 95 A

BERLIN • Sonnabend, den 23. April 1932

1. JAHRGANG

Wahlparole und Druckfehler.

Bemerkungen zur Wahlparole des „Funken“.

Von Fritz Grob.

Wir gehen hier auf eine Kritik eines Lesers an unserer Stellungnahme zur Wahl am 24. April ein, die sicherlich auch bei anderen Lesern des „Funken“ vorhanden sein wird. Wir hoffen, damit dem Verständnis dieser Leser näher zu kommen. Wir drucken die Gegenüberstellung von Zitaten aus dem Leitartikel des „Funken“ Nr. 91 mit der Kritik des Lesers wörtlich ab, so wie er uns die Gegenüberstellung sandte.

1.

„Der Funke“: „Daß die faschistische Gefahr mit dem Verbot der SA und SS überwunden sei, wird wohl niemand ernsthaft behaupten. Alles kommt hier auf die Durchführung an. Ist im Deutschland der jüngsten Jahre schon mal etwas Entscheidendes gegen die Reaktion durchgeführt worden?“

Der Leser: „Der Funke“ hat selber das Verbot gefordert. Jetzt ist es auf einmal gar nichts? Wenn es nach eurer Meinung aber durchgeführt werden muß — dann nur OTTO BRAUN.

Wir wollen gern zugoben, daß es bei der herrschenden Verlogenheit und Diplomatie nötig ist, mit der Forderung eines Verbotes auch ausdrücklich die Durchführung dieses Verbotes zu fordern. Daß das Verbot der SA und SS gar nicht ist, haben wir nirgends geschrieben.

Die Durchführung des Verbotes der SA und SS ist wichtig, ist aber nicht alles, was zur Abwehr des Faschismus zu tun nötig ist. Und gerade die Partei OTTO BRAUNS hat systematisch das darüber hinaus Notwendige — nämlich den Kampf für die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter — unterbunden und kennt auch heute noch immer nur den Weg des Bittstellers. Wie wenig der politische parlamentarische Kampf auf die Dauer überhaupt eine Abwehr des Faschismus leisten kann, gibt selbst der ADGB zu, wenn er in der „Gewerkschaftszeitung“ vom 16. April schreibt: „Dennoch muß die Rechnung mit dem politischen Weitblick (!) ... der deutschen Arbeiterbewegung auf die Dauer einen Fehlbetrag ergeben, wenn diesen leidenden Massen ... nicht von der wirtschaftlichen Seite her Hilfe kommt. ... Von der Reichsregierung erwarten wir, daß sich ihre Einsicht ... dem Staatssinn ebenbürtig zeigen möge, den breite Massen der Arbeiterschaft am 13. März und 10. April bewiesen haben.“

Je treuer also die Massen, dem Staatssinn der Partei OTTO BRAUNS zu Liebe, Entbehrungen hinnehmen in treuer Gefolgschaft, je mehr wird diese Partei diesen Staatssinn der Arbeiter ausbeuten. Das Versagen der Gefolgschaft ist das einzige Mittel, das auf diese Parteiführer Eindruck macht, nicht die Entbehrungen der Massen selber. Unsere Aufgabe ist nämlich, eine andere Politik zu erzwingen, die uns aus der bedrohlichen Lage überhaupt herausbringt, nicht einmal nur die Durchführung des SA-Verbotes, so wichtig es auch ist. Aber auch die Durchführung des SA-Verbotes würde nicht einmal dadurch parlamentarisch sicher gestellt, daß alle kommunistischen Wähler sozialdemokratisch stimmten, denn dadurch würde eine faschistische Mehrheit, die parlamentarisch eine Regierung bilden könnte, nicht verhindert.

2.

Wer das Steuer nicht auf diesen Kurs hält, der fördert den Faschismus, mag er mit Worten HITLER noch so sehr bekämpfen; denn er stärkt nicht die Kampfkraft der Arbeiterklasse, sondern zerrütet sie.

Sehr richtig! SEVERING verbietet die SA, und die KP stimmt so, daß HITLER in den Sattel kommt. Volksentscheide Preußen, Oldenburg, Baden, Reichsbanner.

Daß die Politik der KP unsinnig ist, haben wir nie verschwiegen und gerade in dem Aufsatz betont, daß wir für die KP nur als für das kleinere Übel stimmen. Daß wir damit rechnen können, daß sie nicht von allen guten Geistern verlassen ist, zeigt ja, daß sie den Irrsinn ihrer Badischen Landtagsfraktion unmittelbar korrigiert hat.

3.

Unzweifelhaft ist wohl für jeden, daß man die Politik der SPD nicht dadurch von der Verbindung mit dem Bürgerturn abbringen kann, wenn man sie jetzt wählt. Dann wird ihr nämlich der Kamm noch mehr anschwellen als nach den Reichspräsidentenwahlen.

Und wenn man KP wählt, schwilt der Kamm der KP, und die RGO-Politik steigt.

Der Vorstoß der RGO Politik hat sich so gut wie totgelaufen, und ist durch einen Wahlsieg der KP nicht wieder (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Der Kampf um die Angriffswaffen.

Die Entscheidung wird verschleppt.

g Genf, 21. April.

Seit Mittwoch haben die Aussprachen auf der Abrüstungskonferenz an Schärfe erheblich zugenommen. Der dritte Punkt der Tagesordnung steht zur Diskussion:

Die Frage der qualitativen Abrüstung (des Verbots gewisser Waffengattungen).

Die englische Abordnung eröffnete den Kampf mit einem Abrüstungsvorschlag, der im Anschluß an den italienischen und den amerikanischen Vorschlag die Abschaffung und Vernichtung der Großangriffswaffen fordert, und zwar zunächst ohne Berücksichtigung des Problems der internationalen Streitmacht. Der Gegensatz dieses Vorschlags zu den französischen Sicherheitsforderungen liegt auf der Hand; dieser Gegensatz bestimmte die Frontenbildung der Aussprache.

Außer Frankreich und einigen ihm nahestehenden Staaten, vor allem Rumänien und Jugoslawien, die ausdrücklich protestierten, begrüßten fast alle Konferenzteilnehmer den englischen Vorschlag lebhaft und warm als einen Vorstoß zu wirklicher Abrüstung. PAUL BONCOUR sprach Donnerstag morgen im Namen Frankreichs ausführlich gegen ihn. Sein Hauptargument: Die großen Angriffswaffen gehören in die Hand des Völkerbundes; ihre Abschaffung bedeute, dem Völkerbund die wichtigste Waffe zu entziehen, die er eines Tages im Interesse der Sicherheit dringend brauchen könne.

Nach stundenlangen Verhandlungen brachte der rumänische Vertreter TITULESCU als Beauftragter von 14 Staaten einen Gegenvorschlag ein, in dem festgestellt wird, daß über das Verbot der Angriffswaffen in der Konferenz Meinungsverschiedenheiten herrschen; aus diesem Grunde müsse die ganze Frage den technischen Ausschüssen zur Prüfung überwiesen werden.

Die Verhandlungen gehen am Freitag weiter.

AUS DEM INHALT:

- Mooneys Begnadigung abgelehnt.
- Die ewige Konferenz ohne Völkerbund.
- Um das „Reichsbanner“.
- Aus der Werkstatt der Reaktion.
- Unternehmer: Neuer Vorstand — altes Programm.
- Die Wahrheit über die Sowjet-Union?

Neben diesen unfruchtbaren Aussprachen laufen die geheimen Unterredungen der europäischen und amerikanischen Diplomaten, die sich, einer nach dem anderen, in Genf einfinden. Auch TARDIEU hat sich, nach einer kurzen, angeblich höchst interessanten Unterhaltung mit MACDONALD in Paris, plötzlich entschlossen, die Fahrt nach Genf sofort anzutreten, wie er sagt, um die Besprechungen mit MACDONALD fortsetzen zu können. In Pariser Kreisen meint man allerdings — und das wird der Wahrheit auch näher kommen —, daß TARDIEU nur nach einem plausiblen Grund gesucht habe, möglichst bald persönlich in die Genfer Besprechungen eingreifen zu können, in denen die französischen Forderungen einen harten Stand haben.

Ein Schritt zur Wiederherstellung der Pressefreiheit. Ausführungsbestimmungen zur Pressenotverordnung.

h Berlin, 21. April.

Reichsinnenminister GROENER hat nach Verhandlungen mit der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse den Landesregierungen folgende Richtlinien für die Handhabung der Presse-Notverordnung gegeben:

„Die Verordnungen zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen sollen — wie sich schon aus ihrer Überschrift ergibt — nur politische Ausschreitungen bekämpfen und können demnach auch nur auf eine solche Berichterstattung Anwendung finden, die durch die Art der Darstellung der Geschehnisse oder durch die an die berichteten Tatsachen geknüpften Betrachtungen oder die aus ihnen gezogenen Schlussfolgerungen die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden geeignet sind. Besonders darf die sehr dehnbare Vorschrift des § 2, Abs. 2, Ziffer 2 der Verordnung vom 10. August 1931 (Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung)

nicht dazu verwendet werden, die freie Meinungsäußerung und eine selbst scharfe Kritik der Presse zu unterbinden, solange Meinungsäußerung und Kritik sich in den Grenzen der Sachlichkeit halten

und nicht darauf abzielen, den Meinungsstreit mit unlauteren Mitteln zu führen. Auch ist zu beachten, daß nach der Rechtsprechung des Vierten Strafsenats des Reichsgerichts nicht jeder Zeitungsartikel strafbaren Inhalts zugleich eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung enthält. Vielmehr muß

die naheliegende Wahrscheinlichkeit — nicht nur die bloße Möglichkeit

dafür bestehen, daß die durch den Inhalt der Veröffentlichung erzeugte Stimmung zu einer Störung der äußeren Sicherheit und Ordnung, das heißt zu öffentlichen Unruhen, Zusammenstößen oder anderen politischen Ausschreitungen führen wird.

Daß ein Artikel in den Kreisen Andersdenkender Beunruhigung und Empörung hervorruft, genügt nicht, es muß die unmittelbare Gefahr einer Betätigung dieser Empörung durch Handlungen der vorbestimmten Art hinzu-

kommen. Daß es zu Störungen tatsächlich kommt, ist allerdings nicht Voraussetzung des Verbots.“

Die „dehnbare Vorschrift“ des § 2 der Notverordnung vom 10. August 1931 (Zweite Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen) lautet:

„Periodische Druckschriften können verboten werden, ... wenn durch ihren Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird.“

Die neuen Richtlinien sind ein Fortschritt: die Willkür der ausführenden Polizeibehörden hat hiernach geringeren Spielraum. Früher lautete für sie die Frage: Ist die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet? Jetzt bestimmter: Besteht die naheliegende Möglichkeit dafür, daß der fragliche Artikel zu Gewalttätigkeiten führt?

Nach GROENERS neuen Richtlinien ist sogar ein Fall denkbar, in dem zwar die naheliegende Möglichkeit zu Gewalttätigkeiten besteht und trotzdem ein Zeitungsverbot unzulässig ist. Das ist der Fall, daß bereits eine sachliche Kritik gewisser Zustände oder Vorgänge die Gefahr von Gewalttätigkeiten hervorruft. Eine sachliche Kritik soll aber nach vorstehenden Richtlinien auf keinen Fall durch die Notverordnung unterbunden werden. Wenn z. B. die bloße öffentliche Beschreibung der Mordtaten der NS die unmittelbare Gefahr eines gewaltsamen Losbrechens der Empörung gegen die Mörder mit sich brächte, so wäre das nach GROENER noch kein Grund für ein Verbot der fraglichen Zeitung. Und das ist in Ordnung, so: es ist eben Aufgabe der Regierung, für Zustände zu sorgen, deren sachliche Kritik nicht gewaltsame Ausbrüche von Empörung auslöst.

Aufgabe vor allem der Presse selber ist es, die Rechte, die ihr durch die GROENERSCHEN Ausführungsbestimmungen zugesprochen werden, gegenüber den ausführenden Polizeibehörden durchzusetzen und dafür zu sorgen, daß die neuen Richtlinien mehr werden als eine Beruhigung für die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse. Es wird von Interesse sein, bei jedem kommenden Zeitungsverbot die Begründung daraufhin zu prüfen, ob sie mit den neuen Bestimmungen vereinbar ist.

flott zu machen. Es wäre aber für die Arbeiterschaft augenblicklich nicht das Gefährlichste. Ein Wahlsieg der KP würde aber die SPD zu Taten veranlassen können, weil sie die Konkurrenz fürchtet — und weil die Angst um den Verlust der „Machtpositionen“ das einzige ist, was vielleicht diese Partei etwas zu proletarischer Politik nötigen kann.

4.

Man kann zwar erwarten, daß die KPD zusammen mit den Faschisten gegen die Regierung BRAUN-SEVERING in Preußen stimmen wird. Das ist bei dem augenblicklichen Stand der Dinge gewiß zu verurteilen.

Hier gilt dasselbe, was unter 1 gesagt wurde. Durch unsere Stimmabgabe können wir eine eventuelle Rechtsmehrheit nicht verhindern, da wir ja links zu wählen als Parole ausgegeben haben.

5.

Daß die KP für eine faschistische Regierung stimmen wird, ist so gut wie ausgeschlossen.

Hier gilt wieder das unter 2 Gesagte. Im übrigen wissen wir aber auch gar nicht, zu welchen reaktionären Streichen die SPD noch bereit sein wird. Das Ueberlaufen der Gewerkschaften in Italien zum Faschismus sagt wohl genug. Und das Ueberlaufen BRAUNS zu HINDENBURG (und vor 7 Jahren zu WILHELM MARX, und vor kurzem zum Papst) und das Ueberlaufen der ganzen „völkerbefreier“ zu HINDENBURG und zum Bürgertum — dies schreit doch zum Himmel.

6.

Nach dem 1. Wahlgang der Präsidentenwahl, der hier einen Vergleich ermöglicht, hat HITLER in Preußen 29,3 Prozent, DUESTERBERG 7,7 Prozent, HINDENBURG 47,1 Prozent und THÄLMANN 15,9 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Die entscheidende Frage ist also: Wird der faschistische Block über die mindestens 37 Prozent, die er in Preußen bereits hat, hinauskommen und zur Regierungsbildung 51 Prozent der Mandate zusammenbringen?

Wir haben auch gar nicht die Absicht, wie schon gesagt, die Weimarer Koalition — die seit Jahren am Ruder ist, und den Faschismus samt SA und SS nicht verhindert hat — zu stärken, sondern die SP in den Kampf für die Arbeiterinteressen zu zwingen. Daß die parlamentarische Nazi-Regierung nicht durch KP-Stimmen wahrscheinlicher wird, sondern durch die Wähler, die die Rechtsparteien wählen, haben wir schon damit gezeigt, daß die Rechtsparteien nicht schwächer werden, auch dann nicht, wenn alle KP-Stimmen für die SPD abgegeben würden.

7.

Fassen wir also zusammen: Wir wählen die KP als kleineres Übel.

Nein, das ist kein Druckfehler! Das scheint nur so beim oberflächlichen Lesen, wobei auch von unserem kritischen Leser die entscheidenden Gründe übersehen worden sind, die er nämlich mit keinem Wort erwähnt, gar nicht darauf eingeht und uns deshalb auch gar nicht hilft, einen besseren Ausweg aus der heutigen Lage der Arbeiterklasse zu suchen als den Weg, den wir zeigen.

Der Weg, den er uns zeigt, das ist nach Lage der Dinge heute der Weg des Opportunismus, die Politik der Kurzsichtigkeit.

Wir bitten unsere Leser sehr, sich doch die Frage zu beantworten, wie die Arbeiterklasse in die heutige Lage gekommen ist.



PORGY.

Ein Neger-Roman von du Bose Heyward.

(Deutsche Rechte: Th. Knauer, Nachfolger, Verlag, Berlin.)

(4. Fortsetzung.)

Die Frau ließ sich wortlos auf das Fußende des Bettes fallen, ihr Kopf sank zwischen die ausgestreckten Arme nieder. Der Gesang begann wieder, schwoll an und, fast die engen Grenzen des Zimmers sprengend, klang es triumphierend:

„Mein Bruder ruht aus auf dem neuen Friedhof, den strahlend die Sonne bescheint!“

Immer rascher wurde der Rhythmus, immer mehr Stimmen, auf dem Hof und in den oberen Stockwerken, fielen ein, bis die alten, tief im Boden verankerten Mauern im gleichen Takte mitzuschwingen schienen...

In der frischen Morgenkühle des folgenden Tages brach der Trauerzug nach dem fernen Friedhof auf, der jenseits der Stadtgrenze im Norden lag. Zuerst kam der klapprige Leichenwagen mit seinen starren Federbüschen aus Holz und den verblichenen, schwarzen Samtdraperien, die hinter den Glasscheiben melancholisch hin und her baumelten. Ihm folgte ein einsamer Wagen, in dem die schwarze Farbe eine wahre Orgie feierte. Einige weiße Baumwollhandschuhe, die ab und zu nach niedergeschlagenen Augen gehoben wurden, betonten nur noch stärker den Eindruck von Schwarz. Dann kamen die anderen Leidtragenden in einem langen, abwechslungsreichen Zug von Karren und Einspannern, die man sich zu diesem Zweck zusammengeliehen.

Porgy fuhr mit seinem Freund Peter und vier Frauen, die auf geradlehnten Stühlen in dem Karren hinter ihnen

Wir wollen einige Schritte nennen: Sie sind gekennzeichnet als Schritte der Anspannung und des Sich-abfindens mit Umständen, die zu verändern gerade als Aufgabe gestellt war. Die Sozialdemokratie hat sich lediglich treiben lassen 1914, statt gegen den Strom zu schwimmen. Als die Welle des Chauvinismus heranrollte, schaukelte die SPD auf dieser, als die Welle der „Revolution“ herankam — wirklich ohne Hilfe der SPD — trieb sie auf dieser — und heute geht's wieder reißend stromabwärts mit der Reaktion.

1914 war es für die SP opportun und nicht anstrengend, vor dem russischen Zarismus in die Front Wilhelms des II. einzuschwenken, da sonst Partei und Gewerkschaften verfolgt worden wären; das wollte man nicht auf sich nehmen. Als die Lüge vom Verteidigungskrieg Deutschlands längst dem Dummsten offenbar war, „mußten“ die Kriegskredite weiter bewilligt werden, weil man angeblich verhindern mußte, daß das „deutsche Volk“ den Krieg verlor. 1919 mußte schnellstens die Nationalversammlung einberufen werden, damit „die Diktatur eines Teils einer Klasse“ (und zwar der „gesamten werktätigen Bevölkerung“, wie die USPD verlangt hatte), also praktisch: ein Versuch des sozialistischen Aufbaus verhindert wurde.

In all den folgenden Jahren offener oder verdeckter Koalitionen, der widerspruchslos und kampfflos erfolgten

Panzerkreuzerbau- und Notverordnungsschluckerei hielt die SPD den selbständigen Kampf der Arbeiterklasse nieder, — um die „Demokratie“ nicht zu gefährden.

Immer war etwas vorhanden, was die Arbeiter verlieren konnten, wenn sie in den Kampf für ihre Interessen selbständig eintraten. Immer hatten die Arbeiter noch etwas zu verlieren, weil der absolute Nullpunkt der Verelendung bei ihnen noch nicht erreicht war und nicht erreicht werden kann. So war es auch 1930, als der Berliner Metallarbeiterstreik abgewürgt wurde, weil die Regierung BRÜNING sonst vielleicht mit der SPD gebrochen hätte. Und so geht es bis zur Stunde weiter mit dem Lohnabbau, ohne daß ein unterschiedenes Halt geboten wird.

Und das alles gegen die eigene Theorie der Krisenüberwindung von SP und Gewerkschaften.

Haben nicht BRAUN und SEVERING auch die Nazis in Preußen groß werden lassen trotz Republikschutzgesetz, weil sie fürchteten, sonst in Preußen gestürzt zu werden?

Genossen, der Opportunismus ist ein Sumpf, wer da hineingerät, versinkt darin. Nur die Orientierung an dem Ziel, das Anpacken der gestellten Aufgaben, auch wenn es unbequem ist, hilft dem Kampf der Arbeiterklasse vorwärts.

Keine Entspannung der Lage in Ostasien.

Die Hetze in der Mandschurei.

Die Weißgardisten, die die Büttel sind im Dienst der japanischen Machenschaften in der Mandschurei, haben am Mittwoch in Charbin vor dem Verwaltungsgebäude der chinesischen Ostbahn demonstriert; sie sind in das Gebäude eingedrungen und haben die Beamten bedroht. Der russische Generalkonsul berichtet, daß die mandschurische Polizei, die man angerufen hatte, den russischen Beamten keinen Schutz gewährt hat. Der Generalkonsul hat daraufhin den mandschurischen Behörden eine Note übermittelt, in der er im Namen seiner Regierung gegen das Verhalten der mandschurischen Polizei protestiert. Er beschwert sich weiter darüber, daß Sowjet-Russen kein Ausreisevisum nach der Sowjet-Union erhalten, und daß es den Weißgardisten möglich sei, unter den Augen der Polizei Sprengstofflager zu halten.

Aus Tokio wird gemeldet, daß das Oberkommando der Roten Armee im Fernen Osten an der russisch-mandschurischen Grenze den Ausnahmezustand verhängt hat. Die russische Regierung rechnet, nach all den Vorgängen in der Mandschurei, mit einem Einfall von Weißgardisten.

Das japanische Oberkommando hat die Abreise der Japaner aus den russischen Grenzorten angeordnet.

Aus dem zweiten Gefahrenherd in der Auseinandersetzung imperialistischer Mächte mit ihren revolutionären Gegnern, aus dem Süden Chinas, dringt die Nachricht, daß die Rote Armee der Provinz Fukien unmittelbar vor Amoy steht. Die Regierungstruppen sollen die Stadt bereits geräumt haben; die Einwohner der Stadt flüchten. Die Nanking-Regierung, die Regierungstruppen nach Amoy entsendet, wird mit ihrer Anordnung wahrscheinlich zu spät kommen. Der Abtransport der englischen Staatsangehörigen auf den englischen Kreuzer ist im Gang.

Durch die Hetze der Kontrarevolutionäre in der Mandschurei und den Vorstoß der südchinesischen Bauernheere, die unter kommunistischer Führung stehen, werden die Gegensätze in Ostasien verschärft. Was mag die Unterredung bedeuten, die aus Genf gemeldet wird? STIMSON und LITWINOW sollen durch Vermittlung eines Vertrauensmannes eine streng geheime Unterhaltung geführt haben, deren Gegenstand sich auf die Angelegenheiten in Ostasien bezog.

Die chinesische Regierung erließ eine Verordnung, wonach alle Feiern anlässlich des ersten Mai in China verboten werden. Die Polizei darf keine Ansammlungen zulassen.

Graf Westarp hetzt zum Kriege.

h Berlin, 21. April.

Graf WESTARP (Konservative Volkspartei) wird nach Zusammentritt des Reichstages eine Interpellation einbringen, in welcher er Reichsaussenminister u. a. um Auskunft darüber gebeten wird, ob jetzt nicht der Zeitpunkt für Repräsentationen gegenüber Litauen, den Dr. BRÜNING in seiner Reichstagsrede sich vorbehielt, gekommen sei. Die litauische Regierung fahre im Memelgebiet mit ihren feindlichen völkerrechts- und vertragswidrigen Maßnahmen gegen deutsches Volkstum fort. Der eingeschlagene Rechtsweg erfordere so viel Zeit, daß die Gefahr entstünde, unser Ansehen im gesamten Osten könne entscheidend geschwächt werden.

Uns scheint es wahrscheinlicher, daß Deutschlands Ansehen in Gefahr gerät, wenn es, statt den Rechtsweg zu gehen, zu unbesonnenen Repräsentationen übergeht. Ueberdies bringt dieser Weg die weit größere Gefahr mit sich, einen Krieg und damit die Vernichtung unzähliger Menschenleben heraufzubeschwören.

Die deutsche Regierung hat den vier Unterzeichnerstaaten der Memelkonvention eine ausführliche Denkschrift überreicht, in der auf die neuen Vorkommnisse im Memelgebiet,

insbesondere auf die unrechtmäßige Zusammensetzung der Wahlausschüsse, die Beschränkung der Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit und auf die neuen Einbürgerungen hingewiesen wird.

Mooneys Begnadigung abgelehnt.

Wir haben kürzlich (am 3. April) ausführlich über das Schicksal der beiden amerikanischen Arbeiterführer MOONEY und BILLINGS berichtet, die auf Grund einer Anklage wegen eines Bombenattentats, das sie nachweislich nicht begangen haben, zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden sind. Alle Versuche, die Wiederaufnahme des Verfahrens oder die Freilassung der Gefangenen zu erzwingen, schlugen fehl.

Heute erfahren wir, daß der Gouverneur von Kalifornien, JAMES ROLPH, die Begnadigung MOONEYS von neuem abgelehnt hat.

In seiner regelmäßigen Wochensitzung hat das Direktorium der Bank von England heute die seit längerem erwartete Herabsetzung der offiziellen Bankrate um ½ Prozent auf 3 Prozent beschlossen.

saßen. Von Zeit zu Zeit erhob sich aus einem der Fuhrwerke ein langgezogener Klageschrei, der vom folgenden Wagen aufgenommen und weitergegeben wurde wie ein düsteres Echo.

Als der Zug aus dem Negerviertel in die breite Fahrbahn der Stadthausstraße mit ihren hohen Gebäuden einbog, und Neugierige mit weißen Gesichtern, einzeln oder zusammengedrängt, auf den Bürgersteigen stehenblieben, wirkte er beinahe grotesk in seinem seltsamen Zusammenklang von Tragischem und Komischem, wie es sich nun einmal unauf löslich im Leben des Negers, auch in seinen tiefsten Momenten mischt.

Ein dicker, blonder Kerl, der an der Ecke der König-Karl- und der Sommerstraße vor seinem Geschäft stand, rief seinen Kommis heraus, und beide hielten sich den Bauch vor Lachen. Doch der kleine, schwarzhäarige Junge, der im Nachbarladen entsetzlich riechende, getragene Kleider feilhielt, warf ihnen einen mißbilligenden Blick zu und verschwand hinter seiner Tür.

Der Friedhof lag mehrere Meilen jenseits der Stadtgrenze in einer baumlosen Gegend. Nur blühendes Unkraut, das zwischen den Gräbern wucherte, verbarg die kahle Häßlichkeit der aufgewühlten Erde. Nach Osten hin erstreckte sich ein großer Sumpf weit bis an die schimmernde Horizontlinie des Meeres, im Westen verloren sich bestellte Felder allmählich in einem fernen Föhrenwald. Von der See bis zu den Baumwipfeln wölbte sich in leichtem Bogen das zarte Blau des Himmels, in dem bewegungslos mit ausgebreiteten Flügeln mehrere Bussarde standen.

Durch die weite Oede schlich der kleine Zug langsam dahin, bis er vor einem zerfallenen Holzzaun, der die Grenze der Begräbnisstätte bezeichnete, halt machte.

Der einfache Tannensarg stand bereits auf Brettern über der offenen Grube, und der weißgekleidete Prediger schickte sich schon an, die Trauerzeremonie zu beginnen, als endlich der letzte Wagen anlangte.

Die Leidtragenden drängten sich dicht um das Grab. „Tod, kennst du keine Scheu?“ begann eine helle, hohe Sopranstimme.

Als habe die Trauer selbst Menschengestalt angenommen, wogte und wankte es um das Grab. Dreimal stieg die Melodie

des Totenliedes steil an, schrill, wild und dann ersterbend. Schließlich klang sie aus in dem herzerreißenden Moll des Kehrreims:

„Diesen Mann hast du uns geraubt, geraubt, — Tod kennst du keine Scheu?“

Als der Gesang zu Ende war, begann die Grabrede, die der Geistliche fließend aus dem Stegreif hielt. Er nahm in seinen Worten den Rhythmus der Hymne wieder auf, goß seine Gedanken in endlose Wiederholungen, bis er durch seine übersteigerte Rhetorik die ganze Trauerversammlung im Innersten erschütterte.

Der Schluß der feierlichen Handlung nahte. Der Deckel wurde vom Sarge gehoben, und die Leidtragenden, die eine lange Reihe gebildet hatten, gingen einzeln an ihm vorbei, um einen letzten Blick in das Gesicht des Toten zu werfen. Als erste kam eine ganz alte, gebeugte Negerin. Sie vorneigte sich und warf sich dann mit einem Angstschrei neben dem Sarge nieder.

„Sage Sankt Petrus, er soll das Tor für mich offenhalten. — Ich komme bald!“ rief sie dem Toten zu.

„Ja, Gott, — wir kommen bald!“ antwortete eine Stimme aus der Menge.

Die anderen drängten sich um das Grab, und Schrei auf Schrei zerschnitt die Luft. Hemmungslos gaben sie sich ihrem Kummer hin.

Allmählich gingen die schrillen Rufe im Gleichmaß eines Chorales unter. Schön und alles übertönend schwoll der Gesang an und verbarg dem Ohr das dumpfe Poltern der Schollen, die auf den Sargdeckel aufschlugen.

„Was willst du tun, wenn du aus der Wüste kommst? Aus der Wüste, Wüste kommst?“

Sprich, — was willst du, wenn du aus der Wüste kommst?“

„Auf den Herrn mich stützen, Meinen Herrn mich stützen, Meinen Gott mich stützen, Der für mich am Kreuz litt!“

Der Gesang erstarb in unbestimmten, zitternden Mollakkorden. Sofort veränderte sich, direkt fühlbar, die Stimmung der Versammlung. Eine nervöse Unruhe ergriff sie, — man warf scheue Blicke nach dem Ausgang.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Werkstatt der Reaktion.

Hitlergeburtstag — und „Er“ selber in Kassel.

Der Rahmen.

An der Südgrenze der Stadt haben Angehörige der aufgelösten SS und SA ein Riesenzelt neben einem großen Sportplatz errichtet. Im Zelt haben 25 000 Menschen Platz. Auf dem Sportplatz sind wohl noch erheblich mehr unterzubringen. HITLER soll um 19 Uhr in Kassel eintreffen. Er kommt mit dem Flugzeug von Halle. Von 12 Uhr an versammeln sich die Interessenten vom „erwachten Deutschland“. Die fahrplanmäßigen und 7 Extra-Züge bringen wohl 20 000 Bauern aus einem Umkreis von 50 km heran. Die Omnibusunternehmungen und Straßenbahnen haben Großbetrieb. Etwa 300 Privatautos stehen auf den für den Versammlungsplatz in Betracht kommenden Parkplätzen — sie gehören den auto-besitzenden Mitgliedern dieser „Arbeiter“-Partei. 2 Stunden vor dem festgesetzten Beginn der Versammlung war das Zelt vollbesetzt. In das Zelt halte man nur Inhaber von Eintrittskarten zu 2 Mark hineingelassen. Wer zu spät kam oder keine 2 Mark opfern konnte, wurde auf den Sportplatz geschickt, wo auch die Proleten gegen eine Eintrittsgebühr von 20 Pf. Adolfs Rede durch Lautsprecher-Vermittlung lauschen konnten. Das Versammlungszelt war in 4 Tagen aufgebaut worden, Kostenaufwand nach den tags zuvor herausgegebenen Mitteilungen der NS-Pressestelle 32 000 Mark.

Im Stadtbild fiel nur der starke Menschen- und Fahrzeugverkehr auf. Fahnen sah man nur an den Parteihäusern der NS und bei einem Dutzend Privathäusern. Die 40 000 Naziwähler scheuten sich offenbar noch, Farbe zu bekennen. Gegen Mittag änderte sich das Bild ein wenig in den Anmarschstraßen des Zeltplatzes, als die Kneipwirts merkten, daß sich die Geburtstagsstimmung der sensationslüsternen Menschenmassen auch zu einem guten Geschäft ausnutzen lassen würde. Und noch etwas schüchtern wurden dann die bekannten „deutschen“ Gastwirtschaftsdekorationen — Papier und Talmi — sichtbar. Mutige Pg. hingen die Wahlplakate an Stelle von Fahnen zum Fenster hinaus.

Das äußere Bild erinnerte in seiner Vorbereitung und in seinem Ablauf sehr an die deutschen Sängertage, die zu Wilhelms Zeiten und unter „Seiner“ Beteiligung in Kassel stattfanden. Rund um den abgesperrten Zeltplatz bewegt sich noch eine tausendköpfige Menge, die immer dabei ist, wenn wo was los ist. Drehorgel und Trompete betteln um die Wette: Teure Heimat! Kehre wieder! Die arbeitslosen SA-Leute: Nazilieder! Hitler Programm! Hakenkreuzwurstchen! Alles, wie es sich bei uns gehört!

Die Versammlung.

Im Zelt werden unterdessen große Anforderungen an die Geduld gestellt. Die meisten Zeltgäste sind darauf eingerichtet, Stunden zu warten. Viele haben 6 und 8 Stunden gewartet. Es hält schwer, die Massen bei guter Laune zu erhalten. Musik und einige Photographen sorgen für Unterhaltung.

20.15 Uhr kam „ER“ dann. Ein minutenlanges Heilgelöte erscholl, zu dessen Beendigung die Versammlungsleitung 10 Minuten brauchte. Dann die Begrüßung und Beglückwünschung. Kleine Jungen und Mädchen überreichen Blumensträuße. Auch eine Abordnung Schwärmerinnen durfte „dabei sein“. Das sind die Trachtenmädchen, die in Hessen zur Hebung des Heimatpatriotismus immer zur Schau gestellt werden.

Und dann sprach „ER“ knapp ¼ Stunde. Dabei bemühte er sich sichtlich volkstümlich zu sein — von wegen der Geburtstagsstimmung. Der Inhalt seiner Rede: die meist bekannten oberflächlichen Redensarten vom „Wollen“ und „schicksalhaftem Auferstehen des erwachenden Deutschlands.“ Forderung an, und Schmähungen gegen „das System“. — Ob er damit das Kapitalistische gemeint hat, hat er wie immer nicht verraten.

Vor dem 24. April. Aus mitteldeutschen Orten.

KP: In allen Orten, in die wir kommen, herrscht in dieser Partei eine drückende Stille. Wohl planen die KP-Genossen noch eine Versammlung vor der Preußenwahl. Aber zu einer großen Propaganda reicht das Geld nicht, da sie für ihre öffentlichen Versammlungen von der Zentrale keine Unterstützung erwarten können und ihre Erwerbslosenunterstützung nicht ausreicht, um die Konkurrenz mit den NS aufzunehmen. Sie haben zum Teil noch Schulden von den vorigen Versammlungen her abzutragen. Trotzdem rechnen sie mit einem Zuwachs an Stimmen gegenüber der zweiten Reichspräsidentenwahl.

„Viele hielten es damals für sinnlos, THÄLMANN zu wählen und wählten HITLER; denn die Entscheidung hieß HINDENBURG oder HITLER. Im preußischen Landtag aber hat die KP eigene Aufgaben!“

„Wir können uns nicht sehr darüber aufregen, ob BRAUN oder HITLER in Preußen am Ruder ist. Der eine wird uns kotkitzeln, der andere köpfen.“

„HITLER soll ruhig zur Macht kommen. Er wird bald abgewirtschaftet haben. Dann kommen wir ans Ruder!“

Einstweilen sind Landjäger und Kriminalpolizisten über- raschend, zum Teil zu nachtschlafener Zeit, zu den Kommunisten in all den Orten gekommen und haben Haussuchung gemacht.

SP: Auch sie macht keine große Propaganda für die Preußenwahl. Man hört viele pessimistische Urteile neben einigen Unentwogenen, die immer noch für die SP alles zum Besten kehren möchten und alle Schuld auf die KP schieben, die die Einheitsfront — unter Führung der SP natürlich — nicht will. Ein Genosse sagt uns: „Ich bin kein Prophet. Aber ich schätze, die SP wird ungefähr 20 Prozent gegenüber den Wahlen von 1930 verlieren. Die SP ist über die Grenze dessen hinausgegangen, was wir Arbeiter uns ge-

Einige Stilblüten: Zu dem Vorwurf, die NS wollten die Zersplitterung: „ICH will, daß diese zahllosen Parteien, deren Zersplitterung Deutschland zugrunde richtet, verschwinden. Das ist mein Ziel und dafür habe ich 13 Jahre gekämpft.“ Für dieses Ziel wolle er kämpfen, bis er es erreicht habe oder bis der Rasen ihn bedecke.

„Es wird gesagt, unsere Bewegung habe die Zahl, aber nicht die Köpfe... Der Wert der Bewegung liegt darin, daß sie bis heute bereits 13 Millionen Menschen zusammenfügte und diese Massen aus allen Ständen heraus zusammenbrachte.“ — Wo bleiben nun eigentlich die Köpfe? Bleibt nur seiner übrig?

„Hugenbergs Sammlungs- politik“.

Von der Harzburger Front.

h Berlin, 21. April.

Eine Reihe nach Meinung der Telegraphen-Union „namhafter Persönlichkeiten aus der nationalen Bewegung“ hat einen Aufruf erlassen, der anscheinend in erster Linie an die NS gerichtet ist.

Nach einem Protest gegen das SA-Verbot, diesen „unerhörten Vorstoß gegen unsere nationale Wiedergeburt, vor allem gegen den Wehrgedanken“, kommt der Aufruf auf sein eigentliches Thema: „Angesichts dieser Gefahr für das deutsche Volk fordern wir von den nationalen Parteien, den Kampf nur (!) gegen die schwarz-roten System-Parteien zu führen und sofort eine neue Harzburger Front zur Rettung des Vaterlandes herzustellen.“ Der Aufruf schließt mit der Aufforderung an HINDENBURG, dieser Regierung, die ihn zu der Notverordnung des SA-Verbots veranlaßt hat, „sein Vertrauen zu entziehen“.

k Cuxhaven, 18. April.

„Im Anschluß an die Rede des Abgeordneten SCHMIDT-Hannover nahm der in der Versammlung anwesende Gau-Leiter der NSDAP von Ost-Hannover, M. d. R. TELSCHOW, das Wort. Er dankte den deutschnationalen Rednern für die ritterliche und verständnisvolle Art, mit der sie das Verhältnis der Deutschnationalen zur NSDAP behandelt hätten. Er erkenne die vom Abgeordneten SCHMIDT-Hannover in einem verletzenden hannoverschen SA-Befehl geübte scharfe Kritik als berechtigt an. Er mißbillige solche auf Bekämpfung der DNVP und des „Stahlhelm“ abgestellten Äußerungen von Unterführern.“ (Telegraphen-Union.)

h Berlin, 21. April.

Zu der Cuxhavener Meldung vom 18. April gibt der „Wahlleiter der NSDAP in Preußen“, KUBE, eine Erklärung heraus, in der er bestreitet, daß TELSCHOW dem deutschnationalen Abgeordneten SCHMIDT eine ritterliche Kampfesart bescheinigt haben und von der Kampfesart der hannoverschen SA gegen Deutschnationale und „Stahlhelm“ abgerückt sein soll. KUBE bezeichnet den Bericht als Irreführung und Wahlmache.

SCHMIDT erklärt dagegen, daß der von KUBE als Irreführung und Wahlmache bezeichnete Bericht in vollem Umfange den Tatsachen entspreche und daß TELSCHOW die von KUBE dementierten Erklärungen tatsächlich in öffentlicher Versammlung abgegeben habe.

OTTO BRAUN pflegt in seinen jetzigen Wahlreden einen harmlosen, aber netten Witz zu machen: Harzburg sei bekannt durch ein Produkt, das viel Stank anrichte, aber leicht

fallen lassen können. Die Bonzen- und Bönzchenwirtschaft ist unerträglich. Nur ein Beispiel: Der hiesige Konsumlagerhalter, ein SP-Funktionär, bezieht die Fleischwaren und das Mehl für den Konsum von Nazis, angeblich, weil es dort billiger ist; tatsächlich stecken Familieninteressen dahinter. Der Mann hat längst vergessen, zu welchem Zweck wir Arbeiter uns die Konsumvereine schufen. Aehnlichen Klüngel findet man überall in unserer Partei!

„Im Grunde leben wir heute so schlecht wie zur Zeit des Sozialistengesetzes. Die Partei hat nichts festzuhalten gewußt von allen Errungenschaften des Jahres 1918. Ob die kommende Wahlmiederlage der Arbeiterschaft endlich die Augen öffnet und sie zur Einigkeit bringt?“

NS: In größeren Orten sieht man wohl ein Schaufenster mit Bildern HITLERS in allen Lebenslagen: ER kommt aus der Kirche, ER mit Kindern eines Pg., ER und sein Lieblingshund, HITLERS Vater, HITLERS Mutter, „deren Bild HITLER während des ganzen Krieges bei sich trug“, HITLER im Brustbild, HITLER in voller Größe. Anfang der Woche noch keine Versammlungen in den Ortschaften, um die volle Aufmerksamkeit auf die Rede des „Führers“ in Kassel zu lenken, zu der sieben Sonderzüge zu halbem Preis aus der weiteren Umgebung fahren werden. Eintrittsgeld für Pg. 1 Mark, für gewöhnliche Sterbliche 2 Mark, billiger geht es leider nicht, „da wir keine von Kapitalisten unterstützte Partei sind“. Woher bekommen Arbeiter soviel Geld? Bauern und Unternehmer geben ihren Arbeitern Vorschuß, den sie nach und nach abarbeiten. — Die Nazis haben eine neue Taktik: persönliche Werbung in kameradschaftlichem Ton.

Die einzige Vorbereitung zur Wahl, nach 14jähriger Bewährungszeit, sind noch immer die demagogischen Versprechungen, die demagogischen Verhetzungen. Das gesunde politische Urteil lebt, es regt sich in den Gesprächen von Mensch zu Mensch; aber es dringt nicht hinaus an das Ohr der Öffentlichkeit. Die Führer brüllen oder schmeicheln, das Volk malt Kreuze, und die eigentliche Politik wird hinter verschlossenen Türen gemacht. W u v.

In 19½ Jahren habe er 13 Millionen in seiner Bewegung gesammelt. Er sei heute 43 Jahre alt geworden, man solle ihn 85 Jahre alt werden lassen, und es ständen 60 bis 70 Millionen hinter ihm.

„Die Wahltage sind Kampftage, die kommen und vergehen. Unabänderlich und klar bleibt mein Ziel.“ — Wie steht's mit der Machtübernahme? Das klingt nicht sehr siegesbewußt.

Was dieser Poseur zur Begründung seiner angeblichen Sendung anführt, verdient kaum die Beachtung denkender Menschen. Wichtig und ein gründliches Studium wert sind aber die Fragen:

Woher bekommt er das Geld für seine Propaganda. Wieviel Geld stammt von den Hohenzollern? Wieviel von den agrarischen, industriellen und sonstigen Kapitalisten?

auseinanderläuft. Daß dieser Witz gegenwärtig auf die Harzburger Eho paßt, soll uns nicht darüber täuschen daß mancho Eheleute trotz solcher Plänkeleien eben doch miteinander verheiratet sind. Und wenn das SA-Verbot eine Reinigung der NSDAP von den Radikalinskis anbahnen sollte, während HITLER die reformistische Seele in seiner Brust stärker als bisher entfaltet und so immer regierungsfähiger wird, dann kann jeno Ehe noch recht glücklich werden.

Unternehmerverbände. Neuer Vorsitzender, altes Programm.

h Berlin, 21. April.

Der Vorstand der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wählte sich heute an Stelle des Herrn von BORSIG HORN KARL KÖTTGEN, Leiter der gesamten SIEMENS-SCHUCKERT-Werke, zum Vorsitzenden. KÖTTGEN hielt in der Sitzung eine programmatische Rede, in der er nach einigen Phrasen von „verantwortungsvoller Zusammenarbeit der beiden tragenden Gruppen des sozialen Lebens“ folgendes forderte:

1. Kampf gegen staatliche Lohnfestsetzung.
2. „Anpassung der Leistungen der Versicherung aller Zweige an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft.“
3. „Die Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung ein Hauptziel der Vereinigung.“
4. Ablehnung neuer Staatseingriffe in die Arbeitszeit, wie sie auf dem Krisenkongreß des ADGB angedeutet worden seien.
5. Ueberhaupt: Abwehr der Staatseingriffe in die private Wirtschaft.

Im wesentlichen also: fort mit dem Schlichtungswesen, herunter mit den Versicherungsleistungen, Verhinderung der 40-Stunden-Woche. Das war kaum anders zu erwarten. Von Lohnabbau wurde nicht gesprochen. Aber natürlich zielt die Abschaffung des Schlichtungswesens nur darauf ab.

Daß auch die Unternehmer die Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung fordern, macht zunächst stutzig. Ist es vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus richtig, diese Forderung zu erheben, wie wir es im „Funken“ mehrfach taten? So merkwürdig es klingt — die Unternehmer fordern die Abschaffung der Verbindlichkeitsklärung aus dem gleichen Grunde, aus dem auch die Gewerkschaften die gleiche Forderung vertreten sollten: die Einrichtung der Verbindlichkeitsklärung behindert den Kampf. Die Unternehmer wollen den Lohnkampf, deswegen sind sie gegen die Verbindlichkeitsklärung; die Gewerkschaften sollten endlich den Lohnkampf wollen und deswegen die auch ihren Kampf bindende Fessel abschaffen. Freilich muß man dann auch den Kampf wollen.

40000 Morde und 130 Millionen Profit.

Bis in die Eiswüste der Antarktis ist die Mord- und Profitgier der „zivilisierten“ Europäer eingedrungen. Ein von der norwegischen Regierung eingesetztes Komitee hat sich die Mühe gemacht, die Schandtaten der Menschen, insbesondere der Europäer, in diesen entlegensten Gebieten statistisch aufzuweisen.

Hiernach sind in der Walfang-Saison	
1928:	23 524
1929:	27 896
1930:	37 674

Wale gefangen worden. Im Jahre 1931 ist die Zahl der Walmorde noch gestiegen. Genaue Zahlen darüber stehen zwar noch aus. Aber die Steigerung der Walöl-Produktion im Jahre 1931 weist auf eine Erhöhung dieser Ziffern hin. In der Saison von 1929/30 betrug diese 2,80 Millionen Fässer. Im Jahre 1931 ist sie um 0,8 Millionen Fässer auf den bisherigen Höchststand von 3,68 Millionen Fässer angewachsen.

Man hat sich jetzt entschlossen, diese Mordindustrie einzuschränken. Natürlich nicht aus rechtlichen, sondern aus ökonomischen Gründen. Die Mehrproduktion der 750 000 Fässer der Produktion des letztvergangenen Jahres ist nämlich noch unverkauft. Die Abnehmer des Walöls, vornehmlich die Margarine-Industrie, hat den Walfang-Gesellschaften mitgeteilt, daß sie kein Walöl aus der Fangsaison 1931/32 kaufen würde.

Welche Profite man aus dieser Mordindustrie zieht, darüber geben folgende Angaben des Sekretärs der norwegischen Walfang-Vereinigung Auskunft:

Der jährliche Gewinn dieser Unternehmer betrug in der Periode	
1909 bis 1914 etwa	20 Millionen Kronen
1914 bis 1919 etwa	32 Millionen Kronen
1919 bis 1924 etwa	48 Millionen Kronen
1924 bis 1928 etwa	72 Millionen Kronen
1928 bis 1931 etwa	130 Millionen Kronen.

W i l l i F u h r m a n n j r.

„Ein kleines Beispiel von Vernunft ändert nichts am großen Narretenspiel der Zunft“.

Der Finanzminister und der Zwischenruf.
in Berlin, 21. April.

Der Amtliche Preussische Pressedienst verbreitet eine Mitteilung, in der die Behauptung, der preussische Finanzminister KLEPPER habe in seiner Rede in Kiel eine Sonderabgabe auf die höheren Einkommen angekündigt,

als unwahr bezeichnet wird. Finanzminister KLEPPER habe in Kiel vielmehr darauf hingewiesen, daß eine der dringendsten Aufgaben auch unter dem Gesichtspunkt der notwendigen Sanierung der Gemeindefinanzen der Entschluß sei, der Arbeitslosigkeit nunmehr tatkräftig entgegenzutreten. Als geeignetes Mittel hierfür habe er die Verkürzung der Arbeitszeit sowie ein im Rahmen der bisherigen Währungspolitik mögliches Arbeitsbeschaffungsprogramm, dessen wichtigster Gegenstand die Förderung der ländlichen Siedlung in den östlichen Landesteilen zu bilden habe, bezeichnet. Gleichzeitig habe Finanzminister KLEPPER darauf hingewiesen, daß es auf diese Weise möglich erscheine, die Erwerbslosenzahl um schätzungsweise eine Million zu vermindern, also auch die aus öffentlichen Mitteln zu ihrer Unterstützung aufzuwendenden Beträge entsprechend herabzusetzen. Finanzminister KLEPPER habe also nicht eine neue Belastung, sondern eine Entlastung der Wirtschaft vorgeschlagen (Wie soll die Siedlung finanziert werden? Red.); insbesondere habe er den Gedanken an eine Sonderbesteuerung der höheren Einkommen weder befürwortet noch erwähnt.

Die Telegraphen-Union hält demgegenüber den von ihr am 20. April veröffentlichten, im „Funk“, Nr. 94, mitgeteilten Bericht, der nach Fühlungnahme mit der zuständigen Pressestelle des Kieler Oberpräsidiums abgefaßt war, aufrecht. Eine nochmalige Fühlungnahme mit der genannten Pressestelle ergab, daß Finanzminister KLEPPER im Rahmen

der Rede zunächst von einer Abgabe aller noch im Beruf Stehenden gesprochen und auf einen Zwischenruf hin sodann die höheren Einkommen genannt hat.

Es scheint, daß vernünftige Äußerungen zu dem Thema „Krisenbekämpfung“ dem Munde von Ministern nur in der Wahlpropaganda und gleichsam aus Vorsehen entschlüpfen.

SP-Wahldemagogie.

„Wenn die jetzige Regierung am Ruder bliebe . . .!“
Frankfurt a. d. O., 21. April.

Ministerpräsident BRAUN sprach am Mittwoch auf einer Wahlkundgebung der „Eisernen Front“, die bekanntlich allerorts für die reinen Parteiziele der SPD mißbraucht wird. „Ich stehe nicht an“, so sagte er u. a., „schon heute zu erklären: Der 5-Stunden-Arbeitstag ist die einzige Möglichkeit, aus diesem Dilemma herauszukommen. Wenn die jetzige preussische Regierung am Ruder bliebe, so würden nach der Wahl in dieser Richtung sehr bald Entschlüsse gefaßt werden müssen.“

Nachdem BRAUN jahrelang Zeit gehabt hat, für den Fünftudentag — oder zum mindesten erst einmal für die Vierzig-Stunden-Woche — „entscheidende Schritte“ zu unternehmen, benutzt er die letzten Tage vor der Wahl, auf entsprechende Beschlüsse „nach der Wahl“ hinzuweisen. Allerdings wird ein aufmerksamer Zuhörer bemerkt haben, daß er lediglich sagt, die Entschlüsse „müssen“ gefaßt werden. Für ihre Durchsetzung zu sorgen, hat er damit ja nicht versprochen!

Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge und der Bürgersteuer.

Erklärung anlässlich des Dresdener Haushalts.

Dresden, 19. April.

Oberbürgermeister KÜLZ gab vor Pressevertretern Erklärungen über die Finanzlage der Stadt ab. Ein ordnungsmäßiger Haushaltsplan könnte solange nicht gemacht werden, als das Reich nicht die erforderlichen Entscheidungen auf verschiedenen Gebieten getroffen habe. Vor Ende April könne mit diesen Entscheidungen nicht gerechnet werden. Um bis zur Verabschiedung des Haushaltsplanes eine geordnete Finanzwirtschaft betreiben zu können, sei von ihm ein Finanz- und Wirtschaftsplan erlassen worden. Bei den infolge Fehlens von Reichsbestimmungen offenen Punkten des Haushaltes handle es sich besonders um die Reform der Verteilung der Erwerbslosenlasten und um die Verteilung der Reichsbekihilfen, um die Gestaltung und Weitererhebung der Bürgersteuer sowie um die in der letzten Notverordnung des Reiches vorgesehene Umschuldungsaktion der kurzfristigen Schulden. Der Oberbürgermeister gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Reichsregierung sich zum Erlaß der erforderlichen Vorschriften schnellstens entschließen möge.

Wahrt Eure Rechte aus der Invalidenversicherung.

Der Holzarbeiterverband weist mit Recht in seiner Zeitung auf die Folgen hin, die aus einer Nichtbeachtung der gesetzlichen Vorschriften bei der Invaliden-Versicherung entstehen:

In letzter Zeit sind wiederholt Fälle bekanntgeworden, wo Kollegen, die lange Zeit arbeitslos sind, ihre Rechte aus der Invalidenversicherung verloren, weil sie die gesetzlichen

Bestimmungen nicht beachtet hatten. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß in jedem Fall innerhalb zweier Jahre — nach Ausstellung einer Invalidenkarte — in diese Karte 20 Beitragsmarken, ganz gleich in welcher Beitragshöhe, geklebt sein müssen, um die Anwartschaft aus früheren Karten aufrechtzuerhalten. Wer dies übersieht, hat sich die Nachteile selbst zuzuschreiben, denn die Landesversicherung richtet sich nach dem Wortlaut des Gesetzes, wonach die gesamten früheren Invalidenkarten verfallen sind, wenn vorstehende Voraussetzungen nicht erfüllt werden.

Die Wohlfahrtsämter bei den Bezirksämtern der Stadt Berlin sind von der zentralen Verwaltung Berlin angewiesen, das größtmögliche Entgegenkommen zu zeigen, wenn Anträge gestellt werden, die Invalidenversicherung durch Kleben von Marken aufrechtzuerhalten.

Weniger häufig dürfte es vorkommen, aber auch das ist geschehen, und deshalb erwähnen wir es hier, daß Kollegen, die in Arbeit stehen, nicht darauf geachtet haben, wann ihre Invalidenkarte ausgestellt wurde. Der Unternehmer hat immer fleißig den Invalidenbeitrag vom Wochenlohn abgezogen, aber die Marken nicht geklebt, die zwei Jahre waren verstrichen, es war kein Beitrag geleistet, der Betrieb brach zusammen, und nun erklärt die Landesverwaltung, daß die Anwartschaft verfallen sei. Es ist also auch hier in allen Zweifelsfällen notwendig, daß sich die Kollegen dann und wann durch Einsichtnahme in die Invalidenkarten versichern, daß tatsächlich geklebt worden ist.

Ein „tüchtiger“ Posten.

Würzburg, 15. April.

Der Obergefreite HANS RICHTER kam in der Dienstagnacht zu spät vom Urlaub zurück. Er wollte über die Mauer der Kaserne steigen und wurde dabei von dem Posten der Maschinengewehrkompanie angerufen. Als er nach wiederholtem Anruf nicht antwortete, gab der Posten,

der annahm, daß es sich um einen Einbruchversuch handelte, seiner Dienstvorschrift entsprechend, Feuer. RICHTER wurde auf der Stelle getötet.

Ob der Posten wirklich den Urlauber gleich über den Haufen schießen mußte! Schließlich hätte er ihn auch zum Stehen bekommen, wenn er in die Luft geknallt hätte. Oder ist das durch die Dienstvorschrift verboten? Oder war der Posten einfach nervös?

Jedenfalls sollte eine Sicherung eingeführt werden gegen die voreilige Benutzung von Schußwaffen.

Ein neuer Rückschlag.

Religionsunterricht an Nürnberger Berufeschulen.

H. Lt. Der Finanzausschuß des Nürnberger Stadtrats hat einstimmig beschlossen, im neuen Schuljahr probeweise an einem Teil der Berufsbildungsschulen den Religionsunterricht einzuführen.

Die Einführung des Religionsunterrichts an diesen Schulen ist — wie die bayerische Regierung im Februar dem Haushaltsausschuß des Landtags mitteilte — den Gemeinden zur Pflicht gemacht. Doch ist solchen Gemeinden, die infolge ihrer finanziellen Notlage noch nicht dazu imstande sind, eine dreijährige Uebergangszeit eingeräumt worden. Nürnberg hätte also ruhig noch warten können mit der Einführung dieses Unterrichts. Das wäre nicht nur im Interesse der Steuerzahler gewesen, sondern auch im Interesse der Unmündigen, die ein unveräußerliches Recht darauf haben, nicht durch Dogmen-Unterricht verbildet zu werden!

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Sonnabend, den 23. April.

Berlin:
19.10 MARKUS-Passion von J. S. BACH.
21.10 JOHANN-STRAUSS-Stunde.

Hamburg:
18.25 DR. MARTE BRILL: Die Wandlung in der indischen Baumwollwirtschaft.

Langenberg:
19.35 Prof. REICHENBACH: Das physikalische Weltbild der Gegenwart.

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):
20.00 Der erste Mai und die II. Internationale.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

.....

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Als Ergänzung unserer Artikel-Serie über
Sowjet-Rußland

empfehlen wir die Lektüre folgender
im „ISK“ veröffentlichten Aufsätze:

HELLMUT RAUSCHENPLAT:

Das Wirtschaftsprogramm des ISK
und Sowjet-Rußland.

Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Die Todesgefahr des Sozialismus
in Rußland.

Einige Lehren der russischen Revolution.
Erfreuliche und unerfreuliche Nachrichten
aus der Sowjet-Union.

Wohin treibt Sowjet-Rußland?

Einzelheft 20 Pf. — Die deutsche Ausgabe des „ISK“ erscheint monatlich und kostet 20 Pfennig ausschließlich Porto.

Internationale Verlagsanstalt o.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

MAGDEBURG

Pflanzen-Butter

(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fetto

Sonder-Angebot:

Post-Päckchen 3 Pfd. netto nur 2,20 RM.
Frei Haus gegen Voreinsendung auf
Postcheck Magdeburg 179 24.

Frischkost-Reformhaus

Ernst Held, Magdeburg

Otto v. Guerickestraße 104.

Erstklassige Maßarbeit

Herren-Anzüge • Damen-Mäntel
Mäntel • Kostüme

III Tadelloser Sitz III
Schönheit
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. l.
Stoffmuster vorrätig.

WAHN-EUROPA 1934

Schöner Ganzleinenband. Preis M. 4,80
(über 8 Wochenraten zu M. 0,60)

A. H. Timmermann / Hamburg 24
Barockstraße 6. Postcheck: Hamburg 83167

Sprechapparate

Koffer □ Schatullen □ Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in
allen Preislagen

Otto Pfothauer

Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

Freunde
und Leser des
„Funke“!

Unterstützt
Eure
Zeitung!

Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen
unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat
für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

Von der Kunst, zu philosophieren.

Von Leonard Nelson.

35 Seiten.

Geheftet 0,45 Mark

Sonderdruck aus der seit langem vergriffenen Schrift

„Die Reformation der Philosophie durch die Kritik der Vernunft.“

„Wie alle Arbeiten NELSONS zeichnet sich auch diese durch vortreffliche Klarheit und Schärfe der Gedanken aus. . . . An dem Buche darf keiner, der sich für philosophische Fragen interessiert, vorbeigehen.“

„Wissenschaftlich-pädagogische Rundschau“ Nr. 41.

„Ein Buch, gerade auch für Arbeiter.
Die einfache und klare Sprache macht das Buch für jeden
Arbeiter verständlich. Das Buch enthält keine für den Arbeiter
unverständlichen ‚Professorenweisheiten‘, sondern jeder
Gedanke wird klar entwickelt.“

„Der Funke“ Nr. 86.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a

Die ewige Konferenz ohne Völkerbund.

Wie sie's machen.

MACDONALD, TARDIEU, GRANDI, BRÜNING, STIMSON — sie alle sind wieder in Genf zur Abrüstungskonferenz versammelt. MAX BEER, der seit Jahren in Genf lebt und die internationale Menagerie der Genfer Konferenzen kennt, hat seine Erfahrungen niedergelegt in dem wertvollen und fesselnden Buch „Die Reise nach Genf“, auf das wir noch zurückkommen werden. Wir drucken im folgenden einige Auszüge aus seinen Schilderungen ab.

Die Schriftleitung.

Man hat uns bereits gewarnt: „Es hat vorläufig keinen Zweck, daß Sie dort Ihre Zeit verlieren!“ Und auch der aufgeweckte Liftboy, der uns jetzt an die Tür der Abrüstungsbüros begleitet, schnippt mit den Fingern, um auszudrücken, daß nichts dazwischen ist. „Leer“, so schnippt er, und dazu sagt er: „Zero!“, auf deutsch: „Null!“

Mein Gott, ja, wir wissen es! Diesmal erhoffen wir wirklich nicht die sofortige Erfüllung unseres Traumes. Noch haben wir unsere Reiselektüre nicht vergessen. Auch sahen wir auf der Fahrt neben langen Strecken, in denen kaum ein Soldat unser Abteil bestieg, immer wieder andere Gegenden, in denen es unaufhörlich von Waffen klirrte, sahen, wie rechts und links finstere Kasernen die Geleise säumten, in den Höfen die Soldaten marschieren, die Unteroffiziere brüllten und bunte Helden auf schönen glänzenden Pferden tänzelten. Nein, Illusionen tragen wir nicht in unseren Herzen hierher, aber dafür erfüllt uns verzehrende Neugier. Wie haben Sie es gemacht? so fragen wir mit Verwunderung, mit Bewunderung. Wie haben Sie es gemacht, daß hier nichts ist, daß es hier leer ist, zero, zu deutsch null? Und wie lange können Sie es noch machen?

Wie machen sie's? Feierliche vertragliche Verpflichtungen und unumstößliche Maximen sind da, die dringende Notwendigkeit, den Völkerbund zu vollenden, ist da, auch Deutschland, das die Abrüstung der anderen fordern darf und sie braucht wie das tägliche Brot, das edle Amerika, das stürmische Rußland sind da. Die Sehnsucht der ganzen Welt ist da. Alles, was man zur Abrüstung braucht, ist da. Und trotzdem: Zero? Hut ab! Wie haben sie es nur gemacht? In uns brennt unlösliche Neugier.

Wir öffnen die Türen der Büros, bleiben dann aber diskret am Eingang stehen. Stören wir? Zwei höhere Beamte der Abrüstungsabteilung schütteln einander erfreut die Hände in kameradschaftlichem Gespräch. „Guten Tag, Rittermeister“, sagt der eine, ein kleines bewegliches, schwarzes Männchen, — „wieder bei uns?“ — „Ja“, erwidert der andere, ein netter, blonder Junge mit dem Monokel im Auge. „Das Sekretariat hatte mich ja nur bis zur Abrüstungskonferenz zum Dienst bei meiner Truppe beurlaubt! Und auch zu Hause legt man den größten Wert darauf, daß ich die Konferenz mitmache, nachdem ich den Betrieb hier so gut kenne.“ — „Aber Ihr Dienst im Völkerbund wird Ihnen weiter vom Kriegsministerium angerechnet?“ — „Klar! Bin auch inzwischen befördert worden! Und Sie, Kapitän, wie geht's?“ — „Ach, viel Aerger! Denken Sie! Man hat meinen Burschen, der in meiner Genfer Wohnung seinen Militärdienst beendete, aberufen, und nun muß ich den neuen ausbilden! Viel Aerger!“ Er seufzt, zuckt die Achseln. Der Mann mit dem Monokel seufzt, zuckt die Achseln. Wir seufzen, zucken die Achseln. Machen sie es so? Nicht schlecht! Und wir treten näher und entdecken nun noch einen dritten aktiven Offizier, dann einen früheren Militär, aber endlich — Gott sei Dank! — auch zwei Zivilisten, sehen dann, wie hervorragende Soldaten aller Waffen aus den einzelnen Delegationen die Kameraden vom Sekretariat, von denen sie nichts unterscheidet, besuchen und begrüßen, und stellen allmählich fest, daß der Gedanke, der die Arbeit in diesen Räumen beherrscht, wahrscheinlich nicht der Gedanke der völkerbundlichen Sachverständigkeit, sondern der Gedanke der militärischen Sachverständigkeit ist. Wir betrachten neugierig all diese wackeren und tapferen Krieger und bedauern nur, daß es ihnen nicht gestattet ist, in ihren Büros und Beratungssälen die schimmernden Uniformen und Waffen zu tragen, die zu ihnen gehören und von denen keiner sich allzulange trennen möchte. Militär in Zivil! Machen sie es so?

Wie machen sie es sonst noch? Denn wie sie's auch machen, eine Abrüstungsabteilung ist da, der Rat ist da, die Versammlung ist da, alle die Ausschüsse sind da. Wie kann man, wenn alle diese Sachen da sind, immer wieder die Abrüstung hintertreiben? Ach, bald sehen wir, daß Rat, Versammlung und Ausschüsse weit besser einer Verschleppung als einer Beschleunigung dienen können. Hier spricht man von der Abrüstung, hier schafft man immer neue Instrumente und Methoden, hier macht man Bewegung, hier füllt man die Zeit aus.

Zwölf Jahre sind zwecklos dahingegangen, zwölf Jahre, in denen keine der Mächte ihre Rüstungen verringert, die meisten ihre Rüstungen vermehrt und kein brauchbares Material für eine Abrüstungskonferenz geschaffen wird. Trotz dem Rat, trotz der Versammlung, trotz dem ungeheuren Aufwand zahlreicher Sonderorgane ist es gelungen, nicht nur das Abrüstungsproblem ungelöst zu lassen, sondern es auf das ungeheuerlichste zu erschweren und zu komplizieren, so daß die neue Konferenz mit noch mehr Hindernissen und mehr Skeptizismus kämpfen muß als die Pariser Konferenz im Jahre 1919. In der Tat: jetzt braucht man die Abrüstungskonferenz nicht mehr zu fürchten. In der Schlußsitzung des Vorbereitungsausschusses lassen selbst die Redner, deren Länder immer als das Gegengewicht gegen die französische Abrüstungspolitik gelten, keinen Zweifel darüber bestehen, daß — wie Cecil sagt — „die erste Konferenz und die ersten Fortschritte nur das Vorspiel späterer wichtigerer Fortschritte sein werden, die in fünf oder zehn Jahren“ erzielt werden können, und „wenigstens“ — wie der Amerikaner Gibson tröstend versichert — „eine Stabilisierung der Rüstungen“ bringen wird. Ist das alles? Das ist alles. Nun kann nichts mehr passieren. Nun genügt es, die Konferenz, die bereits 1925, dann 1928, dann 1929 stattfinden sollte, nur noch auf ein Jahr zu verschleppen. Die beste Methode der Verschleppung ist jetzt die Konferenz selbst. Die Scheinlösung liegt bereit. Der Rhythmus für die weitere Behandlung der Abrüstungsfrage ist festgelegt: ein langsames bedächtiges Tempo, das mit Jahrzehnten, vielleicht Jahrhunderten bei der

Bemessung der „Fortschritte“ zwischen den einzelnen Konferenzen rechnet. Nun wird es möglich sein, die Abrüstungsfrage inmitten der anderen Fragen unterzubringen, die der Völkerbund in periodischen Konferenzen zu bearbeiten pflegt, inmitten der Opium-, Hygiene- und Verkehrsfragen. Dann braucht der gegenwärtige Bund nicht an dem furchtbaren Bissen zu erstickten: er wird ihn klein kauen und verdauen. So kann der Rat in seiner Tagung vom 25. Januar 1931 den Abkommensentwurf als Grundlage der künftigen Konferenzberatungen genehmigen und die Konferenz selbst auf den 2. Februar 1932 einberufen. Nun kann auch die Versammlung im September 1931 eine edle Geste machen und, wie bereits in früheren Jahren, durch einen praktisch unverbindlichen Beschluß die Regierungen dazu anhalten, ihre Rüstungen bis zum Ende der Konferenz nicht zu erhöhen! Wie machen sie's? So machen sie's.

Und sie wollen es weiter so machen. Denn Ausschüsse, Fragebogen, synoptische Tabellen, Kriegspotenziell, Sicherheitsargument, Verhandlungen der Seemächte, Abkommensentwurf, Konferenz, alle diese Methoden der Verschleppung und Abwürgung des Abrüstungsproblems, was sind sie anderes als die verschiedenen Äußerungen einer einzigen grundlegenden und großangelegten Methode, die schon im Artikel 8 des Paktes vorgezeichnet worden war und die man seit 1920 einfach zielbewußt, fast genial weiterentwickelt hat? Wie sie es gemacht haben, um die Abrüstung bis heute aus dem Völkerbund fernzuhalten? Wie sie es weiter machen wollen? Sehr einfach: Indem sie den Völkerbund aus der Abrüstung fernhielten. Das ist das große und prächtige Zauberkunststück, das man uns seit vielen Jahren in vollendeter Weise vorführt und das für alle Zukunft die Bühne beherrschen soll. Man macht das Abrüstungsgeschäft ohne den Völkerbund. Man behandelt, wenn man von der Abrüstung spricht, alle Probleme, nur das Völkerbundproblem nicht. Man schreibt alle nur denkbaren Fragen in die Fragebogen, nur die Frage nach dem Völkerbund nicht. Was ist Abrüstung? Sagen Sie. Aber niemals sagen sie: „Was ist der Völkerbund?“ Es war die Frage zu stellen: Wie muß abgerüstet werden, damit der Rat nicht nur das Organ einiger Mächte, sondern aller Ratsmächte ist und damit die Völkerbundversammlung ihre Rolle spielen kann? Diese Frage wurde nicht gestellt. Es war zu fragen: Wie soll der Rüstungsstand in der Welt aussehen, damit der Apparat der Friedenserhaltung, der von Artikel 11 bis Artikel 17 geht,

funktionieren, damit der Artikel 16, der die Sanktionen anbefiehlt, gleichmäßig gegen alle Staaten angewandt werden kann? Es war zu überlegen: Wie muß der Abrüstungsstand aussehen, damit es nicht nur hier und da eine nationale, sondern überall eine internationale Sicherheit gibt, damit endlich die Gemeinschaft der Macht im Völkerbund, also der Völkerbund selbst, entsteht? Keine dieser Fragen wurde gestellt. Der Begriff Völkerbund, der allein die Beschäftigung mit der Abrüstung klären kann, fehlt in dem Fragebogen, fehlt in den Beratungen der militärischen und wirtschaftlichen Unterausschüsse, fehlt in der synoptischen Tabelle, fehlt im Abkommensentwurf, fehlt, wenn man von den Phrasen einiger begeisterter Redner und von einigen polemischen Argumenten der deutschen Delegierten absieht, in allen Debatten der Völkerbundorgane. Der Gedanke, daß durch die Abrüstung endlich der Völkerbund gemacht, daß die Versammlung von 1919 nachgeholt werden müsse, der Gedanke, daß die Technik der Abrüstung nicht auf die Rüstungsbedürfnisse der Staaten zugeschnitten werden darf, sondern nur auf die Bedürfnisse der neuen Einrichtung, die den Namen Völkerbund führt und diesen Namen eines Tages verdienen soll: dieser Gedanke, der den Vorsitz führen mußte, war in die Beratungssäle nicht zugelassen worden. Zwar hatte man einen Ausschuß eingesetzt, um dem Rate des Völkerbundes Vorschläge über die Abrüstungsfrage zu unterbreiten. Aber vom ersten Tage an zeigte sich, daß seine Mitglieder sich niemals als Mandatare des Bundes, sondern nur als Vertreter ihrer Regierungen betrachteten, niemand für den Völkerbund, jeder nur für sich sprach, niemals Gruppen und Parteien für diese oder jene Völkerbundauffassung, sondern immer nur Gruppen und Parteien für diese und jene nationalen Interessen entstanden. Niemand waren wir im Völkerbunde, nicht einmal in diesem vorläufigen, verbesserungsbedürftigen Bunde des Paktes, geschweige denn in seiner Idee. Im Vorbereitungsausschuß wie in den anderen Ausschüssen, im Rat wie in der Versammlung trat uns immer nur die herkömmliche Regierungskonferenz entgegen, eine Regierungskonferenz, die zum Teil an die Haager Konferenzen, zum Teil an die Pariser Friedenskonferenz erinnerte, eine Regierungskonferenz, die auch mit dem Abschluß der Vorarbeiten nicht beendet war, die weiterlebte in den internationalen Debatten, die zwischen Ausschuß und Abrüstungskonferenz die Welt erfüllten, und die vor allem weiterleben will auf der Abrüstungskonferenz selbst: die ewige Konferenz ohne Völkerbund.

Um „Reichsbanners“ Zukunft.

Höfnermann, Groener (Inneres) und — Groener (Reichswehr).

h Berlin, 21. April.

Am Dienstag nachmittag ist dem Reichsinnenministerium aus dem Reichspräsidentenbüro noch neues Material gegen das „Reichsbanner“ zugeleitet worden.

Ueber den Inhalt des dem Reichsinnenminister übergebenen „Reichsbanner“-Materials äußerte HÖFNERMANN gegenüber Pressevertretern: außer Zeitungsausschnitten sei ein einziger Geheimbefehl des „Reichsbanners“ vom 9. November 1931 darunter, der aber der Regierung damals zur Kenntnis gebracht worden sei. Unter dem „Material über Anmaßung polizeilicher Befugnisse des Reichsbanners“, das dem Reichspräsidenten zugeleitet worden sei, befände sich auch neben Zeitungsausschnitten eine Reihe von

Meldungen von Agenten, die zum Teil im Dienste des Reichswehrministeriums arbeiteten. Ueber den Inhalt dieser Meldungen wolle er, HÖFNERMANN, im Interesse der Staatssicherheit nicht Näheres mitteilen.

Neben solch drohenden Tönen bringt HÖFNERMANN ein an Unterwürfigkeit grenzendes Entgegenkommen auf: Er hat GROENER mitgeteilt, daß ein Rundschreiben an sämtliche Gauvorstände des „Reichsbanners“ herausgegangen sei; in dem die Auflösung der Schutzformationen des „Reichsbanners“ angeordnet werde. Er hat GROENER eine eidesstattliche

Versicherung übersandt, daß die Führerschaft des „Reichsbanners“ mit den Maßnahmen der Bundesleitung einverstanden ist und daß die Führerschaft bereit sei, das gesamte Aktenmaterial den Behörden zur Kenntnis zu geben, und daß keine Tarnabsichten beständen.

War das nach der Auflösung der Schutzformationen noch nötig?

Das Schicksal des „Reichsbanners“ wird nicht entschieden werden, ohne daß GROENER sich vorher mit BRÜNING in Verbindung gesetzt hat. „Von zuständiger Stelle wird dazu mitgeteilt“, daß GROENER am Sonnabend nach Süddeutschland reisen werde, um dort BRÜNING, der zur Wahl von Genf herüberkomme, zu treffen.

Die Pressemeldungen über Anträge verschiedener Länderregierungen an den Reichsrat, das „Reichsbanner“ aufzulösen, hat das Büro des Reichsrats dementiert. Das mecklenburg-strelitzsche Innenministerium hat aber schon am 18. April den Zeitungen des Landes mitgeteilt: „daß die mecklenburg-strelitzsche Gesandtschaft in Berlin ersucht worden ist, sich den von anderen Freistaaten im Reichsrat gestellten Anträge auf Auflösung des Reichsbanners für Mecklenburg-Strolitz anzuschließen.“

Es ist bisher nicht herauszukriegen, welches die „anderen Freistaaten“ sind.

Unerhörter Lehrlingsabbau bei Tietz.

BR. Offenbach, 16. April 1932.

Die Firma Tietz in Offenbach hat 13 kaufmännischen Lehrlinge, die kurz vor Beginn ihres dritten Lehrjahres standen, zum 1. Mai gekündigt mit der Begründung, sie könnten bei ihr nichts mehr lernen, sie seien in ihrem Beruf hinreichend ausgebildet. Gleichzeitig will die Firma 13 neue Lehrlinge einstellen. Offenbar möchte Tietz die Sozialbeiträge sparen, die vom dritten Lehrjahr ab für die Lehrlinge bezahlt werden müssen. Die hinausgeworfenen Mädchen haben weder Anspruch auf irgendeine Sozialunterstützung noch haben sie unter den gegenwärtigen Umständen die Möglichkeit, neue Lehrstellen für das dritte Lehrjahr zu finden, oder gar nach zweijähriger Lehrzeit als volle kaufmännische Kraft unterzukommen.

Sie haben also zwei Jahre fast umsonst für die Firma Tietz geschuftet, um dann ohne Gesellenbrief mit einer höhnischen Bemerkung heimgeschickt zu werden! Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Firma Tietz dasselbe profitliche Verfahren im ganzen Reich anzuwenden versuchen wird. Eltern, gebt acht! Gebt eure Kinder nicht in solche Knochenmühlen, die überdies noch versuchen, die Lehrverträge zu brechen! Setzt euch sofort mit der Angestellten-Gewerkschaft (ZdA) in Verbindung, falls dieser Versuch wiederholt werden sollte!

Die armen Leute.

Wir berichteten im „Funken“ verschiedentlich von der skandalösen Uebersiedelung der Witwe des verstorbenen Lokomotivfabrikanten HENSCHEL aus Kassel in die Schweiz, wo sie ihr Vermögen, das den Kasseler Arbeitern abgepreßt worden ist, ruhig und sicher verzehrt. Die Kasseler Villa

wird abgebrochen, eine modernere in der Schweiz errichtet. Der Kölner „Stadtanzeiger“, das meistgelesene Lokalblatt Kölns, erdreistet sich, das Bild vom Abbruch der Kasseler Villa mit folgender Unterschrift zu versehen:

„Abbruch der Villa HENSCHEL in Kassel. Die schlimme Wirtschaftslage äußert sich teilweise in den merkwürdigsten Formen. Die Besitzer der weltberühmten Kasseler Lokomotivfabrik HENSCHEL & Co können ihr prächtiges Privathaus, das im Jahre 1906 mit einem Aufwand von drei Millionen Mark gebaut wurde, heute nicht mehr halten. Da die Steuern für den Besitz, abgesehen von allen anderen Belastungen, zu groß sind, um die Villa durch die Notzeit durchhalten zu können, wird das Haus, das eine der schönsten Privatvillen Kassels war, abgerissen und auf Abbruch verkauft.“

Wahrscheinlich hätte sich jemand gefunden, der so viel Geld für die stehengebliebene Villa bezahlt hätte, wie der Abbruch einbringt.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

München: Dienstag, den 26. April, um 20 Uhr, im Gasthof „Goldener Stiefel“, Sendlinger Straße 67. Thema: „Der Kampf der Arbeiterschaft gegen Lohnabbau und Faschismus“.

HAMBURG:

Elmsbüttel: Sonnabend, den 23. April, 20.15 Uhr, im Volkshaus, Eichenstraße 61.

Freie Aussprache! Eintritt freil!

Die Wahrheit über die Sowjet-Union?

In Nr. 92 haben wir an Hand von Reden russischer Führer festgestellt, wie wenig das, was in der Sowjet-Union vor sich geht, mit Planwirtschaft zu tun hat. Heute kommt es uns darauf an, unwahre Behauptungen über die Sowjet-Union abzuwehren, die von angeblichen Freunden der Sowjet-Union stammen und in zwei deutschen Büchern enthalten sind, die uns zur Besprechung zugehen und in Deutschland weite Verbreitung erfahren haben und noch erfahren.*) Wir glauben, damit dem Aufbau des Sozialismus besser zu dienen, als wenn wir zu diesen Büchern schweigen.

Die Bücher von REMMELE und ILJIN sind sicher gut gemeint. Doch: Wenn man an der Wirtschaft in kapitalistischen Ländern nur das Schlechte hervorhebt und an der Sowjet-Union fast nur gute Seiten zeigt, so dient man dabei weder der Wahrheit, noch den deutschen Lesern, noch der Sowjet-Union. Es ist nicht einmal klug, über ein Land, das man liebt, die Unwahrheit zu sagen, — und nicht etwa bloß, weil Lügen in diesem Falle kurze Beine haben. Nur bei ehrlicher Darlegung auch aller Schwierigkeiten und Fehlschläge können die russischen und deutschen Sozialisten aus dem großen Wirtschaftsexperiment, das in der Sowjet-Union vorgenommen wird, etwas lernen. Wie wir im folgenden sehen werden, wird durch die hier besprochenen Bücher den russischen Genossen die Hilfe freundschaftlicher Kritik nicht gegeben, die sie dringend nötig haben. Und außerdem werden die deutschen Genossen durch diese Bücher vom Nachdenken darüber abgehalten, wie eine sozialistische Wirtschaft aussehen sollte; sie werden dazu verleitet, sich mit dem billigen Hinweis auf die ihnen unbekannte Sowjet-Union als Vorbild zu begnügen.

Die politische Freiheit.

HERMANN REMMELE schreibt in seinem Buch: „Die Sowjetunion“:

„Die Massen (in der Sowjet-Union, Rpt.) haben nicht nur volle politische Freiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, Demonstrationsfreiheit...“ (Seite 30.)

Wir möchten keinem russischen Arbeiter raten, das Experiment zu machen und eine Uebersetzung des „Funken“ in Moskau zu verbreiten oder eine Demonstration zu Gunsten TROZKIS zu machen!

REMMELE macht den kühnen Schluß: die Massen der Sowjet-Union seien frei, weil sie außerordentliche wirtschaftliche Leistungen vollbrachten. Bei ihm heißt es:

„Solche gigantischen Werke, wie sie der Fünfjahrplan enthält, kann keine geknechtete und entrechtete Arbeiterschaft vollbringen. Solche gigantischen Werke können nur das Produkt eines grenzenlosen Enthusiasmus und kühnster Opferbereitschaft sein, nicht nur der Vorhut, sondern restlos über auch vollkommen restlos der ganzen Klasse. Die Erfüllung des Fünfjahrplans in vier Jahren, ja in ganzen Industriezweigen sogar in drei Jahren und in zweieinhalb Jahren, legt das beredteste Zeugnis ab für die wirkliche Lage der Arbeiterklasse in der Sowjetunion.“ (Seite 161.)

Wenn der Schluß zwingend wäre, so müßte man auch aus der Tatsache, daß ägyptische Fellachen gigantische Pyramiden erbaut haben, schließen, sie seien keine geknechteten und entrechteten Arbeiter gewesen!

Doch nun zu REMMELES Behauptungen über die wirtschaftlichen Leistungen selber.

Der Transport.

REMMELE schreibt kühn:

„Noch greifbarer als in der Industrie sind die Vorteile des sozialistischen Wirtschaftssystems in der Entwicklung des modernen Transport- und Nachrichtenwesens.“ (Seite 133.)

Niemand, der durch die Sowjet-Union gereist ist, wird die Vorteile der sowjet-russischen Eisenbahn „greifbar“ finden. Wem es nur auf die Modernität der Verkehrsmittel ankommt, der tut gut, diesseits der Sowjet-Grenze zu bleiben! Zur Begründung dafür genügen wohl die folgenden Feststellungen MOLOTOWS, zunächst aus seinem Referat vor dem VI. Rätekongreß am 9. März 1931:

„Ich will nur ein einziges Beispiel anführen. Vor kurzem erhielt der Rat der Volkskommissare vom Volkskommissariat für Verkehrswesen einen Bericht über den Stand der „kranken“ Lokomotiven auf der Südlinie. Nach diesem Bericht gab es auf der Südlinie im Monat Februar 16 Prozent „kranker“ Lokomotiven. Bei der Nachprüfung stellte sich jedoch heraus, daß diese Zahl der Wirklichkeit ganz und gar nicht entspricht. Die an Ort und Stelle entsandten Genossen, der Vorsitzende der ZKK (Zentralen Kontrollkommission), Genosse ANDREJEW, und der stellvertretende Volkskommissar für Verkehrswesen, Genosse MIKONOW, teilten die auf Grund ihrer Nachforschungen sich ergebenden Tatsachen mit. Es stellte sich heraus, daß auf der Südlinie im Februar nicht 16 Prozent, sondern 41 Prozent alle Lokomotiven krank waren. Diese Tatsache spricht für sich.“

Neun Monate darauf sagte MOLOTOW vor dem Zentralexekutivkomitee der Sowjet-Union (am 22. Dezember 1931):

„Die Liquidierung der entpersönlichten Verantwortlichkeit für die Lokomotive hatte sofort eine positive Wirkung auf die ganze Lokomotivwirtschaft des Verkehrskommissariats. Nach der Liquidierung der Entpersönlichung der Verantwortlichkeit sank der Prozentsatz der betriebsunfähigen Lokomotiven, ging die Zahl der Lokomotivbrüche unterwegs bedeutend zurück, verminderten sich die Fälle, in denen zum Zug die Lokomotive fehlte u. s. w.“

Wir sehen: Zu welcher furchtbaren Schwierigkeiten die Zustände im russischen Transportwesen geführt haben, verschweigt REMMELE. — Eine offene Unwahrheit aber sind die Angaben über das Wachstum des Gütertransports auf den Sowjet-Bahnen. REMMELE schreibt:

*) HERMANN REMMELE: „Die Sowjetunion.“ Zweite, durchgesehene Auflage. Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg-Berlin. 1932.

M. ILJIN: „Fünf Jahre, die die Welt verändern.“ Malik-Verlag. Berlin. 1932.

„Der Gütertransport der Eisenbahnen ist von 156,3 Millionen Tonnen im Jahre 1928 auf 244 Millionen Tonnen im Jahre 1930 und auf 330 Millionen Tonnen im Jahre 1931 gestiegen. 1932 soll er auf 580 Millionen Tonnen gesteigert werden.“ (Seite 147.)

Für 1931 war allerdings ein Gütertransport von 330 Millionen Tonnen geplant (Kontrollziffern für 1931), tatsächlich befördert wurden aber nur 250 Millionen Tonnen; und für 1932 hat man auf Grund der schlechten Erfahrungen mit dem Transportwesen die Planziffer noch unter die Planziffer von 1931 gesetzt, nämlich auf 320 Millionen Tonnen. Diese Angaben machte KUIBYSCHEW, der Vorsitzende der staatlichen Plankommission, vor dem ZK der Sowjet-Union am 23. Dezember 1931.

REMMELE hat nach der Datierung des Vorworts die erste Auflage des Buches zwar am 7. November 1931 abgeschlossen. Er mußte aber bereits damals wissen, daß 1931 die Transportleistungen hinter den Planziffern zurückblieben, durfte also keinesfalls sagen: „Der Gütertransport der Eisenbahnen ist ... auf 330 Millionen Tonnen im Jahre 1931 gestiegen.“

Wenn es REMMELE darauf angekommen wäre, ein wahres Bild zu geben, so hätte er übrigens auch hier in der „zweiten durchgesehenen Auflage“, die im Januar 1932 herauskam, Zahlen für 1931 nachträglich einsetzen können, wie dies an einer anderen Stelle des Buches, wie wir gleich sehen werden, geschehen ist.

Planziffern statt Wirklichkeit.

„Ueber die gesamte Entwicklung der Volkswirtschaft in der Periode der NEP (1921—1931) geben folgende Tabellen Aufschluß, die uns die Staatsplankommission zur Verfügung stellte.“

Nach dieser Vorbemerkung kommen unter anderem die folgenden Zahlen. (Seite 103.) Wir haben neben sie in Fettdruck die Zahlen gesetzt, die russische Führer nachträglich für das Jahr 1931 genannt haben:

Wirtschaft der UdSSR in der Zeit der NEP (1921—1931).				
	Maßeinheit	1926/27	1930	1931
Volkseinnahmen	Mill. Rub.	22 937	35 595	49 225
Gesamtanbaufläche	Mill. ha	112,4	127,8	140,4
Güterumsatz im Eisenbahntransport	Mill. t	135,9	244	330

Entwicklung der Hauptproduktionszweige der UdSSR in der Periode der NEP (1921—1931).				
	Maßeinheit	1926/27	1931 (planiert)	1931
Kohle	1000 t	32 110	52 600	57 600
Rohisen	1000 t	2 963	8 000	4 900
Walzeisen	1000 t	2 752	6 720	4 050
Traktoren	Stück	993	56 000	40 000

Ueber die Entwicklung der Elektrizitätserzeugung in den UdSSR lesen wir bei REMMELE die folgenden Angaben für 1931. (Seite 114.) Die wirklich erreichten Ziffern fügen wir in Fettdruck bei.

	1931	1931
Gesamtkapazität (Millionen KW)	4 500	4 050
Stromerzeugung (Milliarden KWh)	12 700	10 600

REMMELE bestätigt auf Seite 119 unsere Vermutung, daß er vor Drucklegung mindestens der uns vorliegenden zweiten Auflage des Buches wußte, welche Ergebnisse das Jahr 1931 tatsächlich gebracht hat. Er veröffentlicht dort die folgende Zahlenreihe über die Hüttenindustrie:

	1928	1929	1930	1931
Rohisen	3 373	4 322	5 930	5 000
Stahl	4 278	4 907	6 023	8 826

Hier gibt REMMELE für Rohisen nicht die Planziffer für 1931 an, wie 16 Seiten vorher, sondern eine abgerundete Ziffer für die wirkliche Produktion. KUIBYSCHEW nannte am 23. Dezember 1931: 4,9 Millionen Tonnen. — Für Stahl gibt REMMELE jedoch die Planziffer an; die wirkliche Produktion betrug nach Angabe von KUIBYSCHEW nur 5,35 Millionen Tonnen.

Auf den folgenden Seiten werden von REMMELES Ziffern aus dem Fünfjahrplan — nach seinen eigenen Worten — der „wirklichen Produktion“ gegenübergestellt. Unter der Ueberschrift: „Wirkliche Produktion von Traktoren“ finden wir jedoch die Planziffern von 1931: 56 000 (Kontrollziffern für das Jahr 1931, beschlossen vom ZK der UdSSR am 10. Januar 1931). Die wirkliche Produktion war 40 000. Uns stehen zur Prüfung von REMMELES übrigen Angaben über die „wirkliche Produktion“ nicht genügend russische Statistiken zur Verfügung. Aber wir glauben es ihm zum Beispiel einfach nicht, daß 1931 die wirkliche Produktion von Zement 35,0 Millionen Fässer betrug und die Produktion von Ziegeln 4 824 Millionen Stück (Seite 129), wenn wir genau dieselben Ziffern in dem Plan von 1931 lesen!

Wir wollen nicht noch mehr Einzelheiten häufen. REMMELE kennt die Wirklichkeit, und seinen deutschen Lesern bietet er Planziffern statt Angaben über die Wirklichkeit.

Planwirtschaft.

Das Gleiche tut M. ILJIN in seinem Buch: „Fünf Jahre, die die Welt verändern.“ Das ist ein lebendig geschriebenes, reich mit Bildern ausgestattetes Buch über technische Erfolge in der Sowjet-Union. Doch warum steht in dem Buch, dessen deutsche Ausgabe vom März 1932 datiert ist, gleich in der Einleitung die folgende Unwahrheit:

„In dem Buch „Fünfjahrplan“ heißt es: „Im Jahre 1933 sind 10 Millionen Tonnen Rohisen zu gewinnen.“ Und wir

Das Wohnungswesen.

REMMELE schreibt am Schluß des Abschnittes über Wohnungswesen in Sperrdruck:

„Das Wohnungsproblem, das sich immer mehr als eine unheilbare Krankheit im Rahmen des Kapitalismus erweist, hat die Sowjetmacht bereits vor 14 Jahren auf revolutionärem Wege gelöst. Dieses Problem gibt es in der Sowjet-Union überhaupt nicht.“ (Seite 250/51.)

Wer in der Sowjet-Union war, weiß, in welcher qualvollen Enge die russischen Genossen, namentlich in den Großstädten, wohnen. Viele Familien sind bereits glücklich, wenn sie ein Zimmer für sich haben.

Die Investitionen im Wohnungsbau gibt REMMELE für 1931 mit 1 101,6 Millionen Rubel an (Seite 247). Dieselben Zahlen nannte MANUILSKI im April 1931 auf dem XI. Plenum des EKKI. ORDSCHONIKIDSE berichtete aber am 31. Januar 1932 auf der XVII. Parteikonferenz der KPSU:

„Der Wohnungsfonds wächst, mit jedem Jahr steigen die Kapitaleinlagen des Wohnungsbaues. Im Jahre 1929 investierten wir 175 Millionen Rubel, im Jahre 1930 300 Millionen Rubel, und im vergangenen Jahr (1931) nicht weniger als 470 Millionen Rubel.“

Wieder dasselbe! Eine Planziffer für 1931 wird dem Leser als Wirklichkeit von 1931 vorgeführt.

haben schon im Jahre 1931 8 Millionen Tonnen gewonnen, und am Ende des Fünfjahrplans werden wir es auf 17 Millionen Tonnen bringen.“ (Seite 13.)

8 Millionen Tonnen Roheisen sollten produziert werden. Es wurden aber nur 4,9 Millionen Tonnen produziert; das war weniger als im Jahre 1930.

Zu welchen Schwierigkeiten eine solche Unterschreitung der Planziffern, solche „Anarchie der Produktion“, führt, beschreibt ILJIN völlig richtig, als er einmal die Annahme macht, der Plan würde an irgend einer Stelle nicht eingehalten:

„Jede neue Maschine, die wir herstellen, hat eine bestimmte Aufgabe, einen genau umrissenen Plan: soundsoviel Leistung die Stunde, soundsoviel den Tag, soundsoviel das Jahr...“

Würden die Hochöfen statt 17 Millionen nur 8 Millionen Tonnen Roheisen liefern, so müßte unmittelbar darauf die Hälfte unserer Maschinenbaubetriebe stillstehen.

Jeder Betrieb hat seinen eigenen kleinen Plan. Aber aus diesen kleinen Plänen setzt sich der große Plan — der Fünfjahrplan — zusammen. Die Erfüllung der großen Pläne durchgeföhrt wird, müssen alle kleinen Pläne erfüllt werden.“ (Seite 120.)

Wer das liest und billigt, muß in Abrede stellen, daß das, was in Rußland heute vor sich geht, überhaupt Planwirtschaft ist. Daß Pläne aufgestellt werden, macht doch wohl so wenig das Wesen der Planwirtschaft aus, wie, daß planmäßig über eine Wirtschaft phantasiert wird.

Diese Phantasien über die Sowjet-Union — die als Ersatz für ein Wirtschaftsprogramm dienen, das die KPD nicht besitzt — sind ein Propagandamittel der KPD, das jeder Sozialist, dem überhaupt an Ehrlichkeit unter Klassengenossen liegt, aufs schärfste ablehnen muß.

Das bedeutet, wie hier ausdrücklich betont sei, so wenig eine Ablehnung der Sowjet-Union, wie eine Abwehr von Lügen über den ISK eine Ablehnung des ISK bedeutet.

Nachdem durch zwei Aufsätze das Feld etwas bereinigt worden ist, werden wir in einem dritten Aufsatz zur Frage der russischen Wirtschaft selber Stellung nehmen.

Helmut Rauschenplat.

SÜDAMERIKA

Fremde Kapitalanlagen: Der imperialistische Vorstoß der USA wird deutlich durch folgende Ziffern: 1913 waren in Südamerika 5 Milliarden Dollar englisches Kapital und nur 1,3 Milliarden Dollar USA-Kapital angelegt. Heute lauten die entsprechenden Ziffern: 5,9 und 5,8 Milliarden Dollar.

ARGENTINIEN

Englische Kapitalanlagen: In Argentinien hatten englische Kapitalisten 1913 insgesamt 358 Millionen Pfund Sterling angelegt. 1931 waren es 430 Millionen Pfund, wovon mehr als die Hälfte in Eisenbahnen angelegt ist. 1913 brachten die Kapitalanlagen im Durchschnitt eine Verzinsung von 4,9 Prozent, 1930 von 5 Prozent, 1931 nur von 3,6 Prozent. Rund 64 Millionen Pfund Sterling des in Argentinien angelegten Kapitals brachten überhaupt keine Verzinsung.

DEUTSCHLAND

Die Fleischverbilligung für Erwerbslose wird auch in den Monaten Mai und Juni fortgesetzt. Die Gutscheine für diese Zeit lauten jedoch nicht mehr, wie bisher, auf 30 Pfennig für ein Pfund Fleisch, sondern nur noch auf 20 Pfennig.

Die Walzwerksproduktion beträgt im März 316 000 Tonnen gegenüber 319 000 Tonnen im Februar. Im März 1931 betrug die Produktion noch 584 000 Tonnen. Das ist ein Rückgang von ungefähr 45 Prozent.

Berichtigung: In dem Artikel „Planwirtschaft in der Sowjet-Union?“ in Nr. 92, sollte es unter der Ueberschrift „Eisen“, 7. Absatz, 4. Zeile, „1931“ statt „1932“ heißen.